Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 162. | Dresden, Sonnabend den 16. Juli 1910. | 21. Jahrg.

Die Abstimmung in Baden.

Die von uns schon gestern besprochene Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zum Budget führt zu neuen erregten Auseinandersetzungen in unserer Partei.

Bereits hat sich der Parteivorstand mit der Angelegenheit beschäftigt und er übergibt der Presse folgende Erklärung:

„Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtagsfraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Badens zu äußern."

Der Vorwärts, die Leipziger Volkszeitung und andere norddeutsche Parteiorgane gehen mit schärfstem Geschütz gegen die badische Fraktion vor. Die Leipziger Volkszeitung überschreibt ihre Mitteilungen über die Abstimmung „Ein Parteiskandal", sie spricht von einer „mit Absicht herbeigeführten Provokation der Partei"; weiter: „den Frank, Kolb und Genossen fehlte diesmal sogar das dürftige Mäntelchen, mit dem sie noch vor zwei Jahren ihren Disziplinbruch zu drapieren suchten". In einer Leipziger Parteiversammlung wird bereits ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Die süddeutschen Blätter dagegen, soweit sie schon Ausführungen zu der Angelegenheit enthalten, verteidigen die Haltung der Fraktion und erklären, die Fraktion habe unter den besonderen Verhältnissen, wie sie sich gestaltet hätten, nicht anders handeln können.

Wir unserseits haben gestern bereits das Verfahren der badischen Genossen kritisch besprochen. Auch nach den nunmehr vorliegenden näheren Mitteilungen (siehe Depeschenteil der gestrigen Nummer und die unten folgenden Zitate aus der badischen Presse) müssen wir unsere Bedenken aufrechterhalten. Wir sind der Ansicht, daß die badischen Abgeordneten in Berücksichtigung der früheren hitzigen Auseinandersetzungen über die Budgetabstimmung sich der größten Zurückhaltung hätten befleißigen sollen. Sie hätten, als sie die „besonderen Verhältnisse" ihrer politischen Situation, auf die sie sich berufen, berücksichtigten, auch die besonderen Verhältnisse unserer gegenen Partei berücksichtigen sollen. Sie hätten sich sagen müssen, daß ihr Verhalten geeignet ist, heftigen Widerstand innerhalb unserer Partei heraufzubeschwören und Erörterungen zu veranlassen, die in jetziger für unsere Partei so günstigen Situation nicht erfreulich wirken dürften. Jedenfalls haben die badischen Genossen an diese Umstände bei ihren Beratungen auch gedacht, aber sie haben offenbar in einer Ueberschätzung ihrer besonderen Verhältnisse die Verhältnisse der Gesamtpartei unterschätzt und nicht so berücksichtigt, wie es notwendig gewesen wäre.

Wenn so nach unserer Meinung die badische Fraktion einen politischen Fehlgriff gemacht hat, so können wir uns aber auch mit den Antworten, die jetzt von Berlin und Leipzig aus erschallen, nicht befreunden. Es erscheint uns der Sache nicht entsprechend, daß nun sogleich mit fulminanten Entrüstungsartikeln erwidert und die Angelegenheit zu einem Parteistreit erster Ordnung erhoben wird. Wir wundern uns über das Vorgehen gerade des Vorwärts auch um deswillen, weil der Vorwärts ganz besonders in der Zeit der letzten preußischen Wahlrechtskämpfe eine sehr ruhige und besonnene Haltung eingenommen hat. Er ist ja so weit gegangen, daß er die Kritiken von Parteigenossen wie Rosa Luxemburg, die zu lebhafterer Steigerung des Wahlrechtskampfes und zur Vorbereitung des Massenstreiks antreiben wollte, völlig totschwieg, weil er eine solche Diskussion für die Partei für unzuträglich erachtete. Wenn der Vorwärts in den preußischen Dingen eine so ruhige, vorsichtige, den tatsächlichen Verhältnissen weit Rechnung tragende Politik für richtig hielt, so sollte er doch auch mit anderen Genossen weniger unglimpflich verfahren. Es ist doch ein starker Widerspruch des Verfahrens, wenn jetzt die badische Sache sofort mit dem heftigsten Kraftaufwand behandelt und zur großen Parteifrage gemacht wird. Wir glauben, daß auch in dieser Angelegenheit die Partei gut tut, die Ruhe zu bewahren und ohne Erbitterung und Verbitterung sachlich zu prüfen.

Der Parteivorstand verurteilt in seiner Erklärung das Vorgehen der badischen Fraktion als „eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei". Wir haben schon oben ausgeführt, daß wir in dem Vorgehen der badischen Fraktion eine sehr zu bedauernde Nichtberücksichtigung der Wünsche und Anschauungen der Parteimehrheit erblicken. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob geradezu eine Verletzung von Parteitagsbeschlüssen vorliegt oder gar, wie die Leipziger Volkszeitung meint, eine bewußte Provokation der Partei. Von alledem kann unseres Erachtens keineswegs gesprochen werden. Von einer bewußten Provokation ist schon deshalb nicht zu sprechen, weil unsere badischen Genossen als alte bewährte, ehrliche Parteigenossen bekannt sind, die in allen großen Fragen treu mit der Gesamtpartei kämpfen. Auch deshalb ist von „bewußter Provokation" nicht zu sprechen, weil die badischen Genossen sachliche Gründe aufführen, die sie zu ihrer Haltung bestimmt haben, Gründe, die die Parteimehrheit nicht für stichhaltig hält, deren sachlicher Charakter aber nicht bestritten werden kann. Aber auch gegen einen Bruch des Nürnberger Parteitagsbeschlusses kann sich die badische Fraktion verwahren. Gewiß, nach der Auslegung, die die Parteimehrheit dem Nürnberger Beschluß zuteil werden läßt, durfte die Zustimmung zum Budget nicht erfolgen. Das ist aber gerade das Mißliche solcher Resolutionen, daß sie, so sehr ihre Urheber sich dagegen wehren, auch andere Auslegungen zulassen. Die Nürnberger Resolution fordert die Ablehnung des Budgets, „es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde". Die badische Fraktion kann wohl die Auffassung vertreten, daß diese Resolutionsbestimmung sich nicht nur auf den Fall von zwei in einer Stunde zugleich vorliegenden Budgets bezieht, sondern daß die Verhütung eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets für die nächste Periode des politischen Lebens von gleicher Bedeutung ist. Jedenfalls ist die badische Fraktion der Ansicht, daß sie durch ihre Zustimmung zum Budget und die dadurch ermöglichte Parteienkonstellation die Regierung zu einem Budget veranlassen kann, das für die Arbeiterklasse günstiger ist als dasjenige, was bei Ablehnung des Budgets die Regierung aufstellen würde, da sie sich alsdann nicht auf die liberale und die sozialdemokratische Partei stützen könnte, sondern sich auf die konservativ-klerikale Parteiengruppe stützen müßte. Dies ist anscheinend der Gedankengang der badischen Fraktion.

Wenn jetzt ein neuer unerquicklicher Budgetstreit anhebt, so müssen sich die Bemühungen aller um das Wohl der Partei besorgten Genossen darauf richten, einen Ausgleich aus diesen Wirren zu finden. Wir haben seit Jahren die Ansicht, daß in der Behandlung der Budgetfrage die Parteitagsbeschlüsse nicht ganz das richtige getroffen haben. Es ist ein Irrtum, wenn die vorwiegend preußische und sächsische Mehrheit in solchen Fragen der süddeutschen Minderheit unbedingt ihre Auffassung auferlegen will. Die norddeutsche Mehrheit sagt: Die Ablehnung des Budgets ist eine Frage des Grundsatzes, der sozialistischen Weltanschauung; es wird durch die Ablehnung der absolute Klassengegensatz zwischen Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Parteien demonstriert. Die Süddeutschen aber sagen: Wir wollen schon gegenwärtig entsprechend der Größe unserer Partei und Fraktion unmittelbaren politischen Einfluß im Interesse der Arbeiterklasse ausüben; um dies zu ermöglichen, müssen wir auch bei der Budgetabstimmung freiere Hand haben. In Nürnberg ist, was wir damals auf's lebhafteste bedauerten, die ausgleichende Resolution Frohme abgelehnt worden. Die Mehrheit des Parteitages hat eine Resolution beschlossen, die den Süddeutschen als schwer zu tragender Zwang erschien. Die Süddeutschen gaben darauf die Erklärung der 66 ab, in der sie für die Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation als die zuständige Instanz erklärten und die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtmäßigen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehielten.

Das war ein recht bedauerlicher Verlauf der Dinge. Nun ist die Frage: Soll auf dieser Bahn der Irrtümer fortgefahren werden? Wohin soll das kommen? Kein Verantwortlicher in unsrer Partei denkt daran, daß sich die Partei spalten solle wegen dieser Frage. Wenn man dies aber nicht will, dann ist es aber auch unmöglich, eine Minderheit zu einem Verhalten nötigen zu wollen, das ihrer Ueberzeugung widerspricht. Man soll die Minderheit mit guten Gründen zu überzeugen suchen, aber man soll nicht mit Anklagen über Parteiverrat beginnen und mit Verurteilungs- und Zwangsresolutionen aufhören, die, wie die Erfahrung lehrt, schließlich nur immer neue Schwierigkeiten schaffen.

Bis jetzt kann doch nicht etwa behauptet werden, daß

Die preußische Heilige

(Schluß.)

Luise treibt aber nicht nur selbst durch ihre allerpersönlichsten Kniffe Politik, sie läßt auch wieder, durch heißere Mannesschönheiten des öfteren entzündet, auf die gleiche Weise mit sich selbst Politik treiben. So entflammte der junge Louis Ferdinand in der Vorgeschichte des Krieges von 1806 ihre Kriegsleidenschaft, und noch mehr der Zar Alexander. Napoleon traf die Wahrheit — trotz aller schäumenden Empörung eines Treitschke — daß er die geradezu verzückte Schwärmerei Luisens für den Zaren für den Krieg verantwortlich machte. Ob die allgemein verbreitete Soldatensage, daß die Preußen für eine Liebschaft der Königin mit dem Zaren sich totschlagen lassen müßten, in diesem groben Sinne richtig ist, ist für das Urteil unerheblich; eine sinnlich kräftige Leidenschaft der an einen Klotz gebundenen Frau für den tückischen Schauspieler mystischer Romantik wurde ja für ihre Menschlichkeit nur Sympathie werben. Die Tatsache jedoch der unheilvollsten seelischen Beeinflussung Luisens durch den Zaren ist so unzweifelhaft, daß heute besorgte preußische Historiker das ängstliche Problem wälzen, ob ihre Schwärmerei für den fremden Mann nicht doch schon ein wenig in die Sphäre der Ehe gegriffen habe: In ihre Politik hat sie jedenfalls gegriffen. Luise wollte einen kleinen Krieg; das kann man mindestens mit eben so viel Recht von ihr sagen, wie von der Frau des dritten Napoleon, die alle französischen Geschichtsschreiber beschimpfte. Ahnungslos riß sie mit ihren kleinen Damenneigungen Preußen in den Untergang.

Sie hatte dabei die unangenehme Gewohnheit, ihren Freunden bei den gemeinsam verschuldeten Niederlagen nicht gerade treu zu bleiben. So kennzeichnet Treulosigkeit vor allem ihre Beziehungen zu Stein. 1806 — nach Jena — zog sie noch die glatten Höflinge bei Verhandlungen dem kantigen selbstbewußten Reformer vor; sie versuchte, um ihn zu gewinnen. Als Stein dann, nach kurzer Herrlichkeit, zu Beginn des Jahres 1807, von Friedrich Wilhelm III. davongejagt wurde — als ein „widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener" wegen seines „respektwidrigen und unanständigen Benehmens", wie es in dem berühmtesten Blatt der Lebensretterischen Gesindedienstbücher heißt — verwandte sie nicht die bewährten Künste, um dem Gatten dies einfältigste Zeugnis preußischer Anmaßung zu ersparen; sie teilte sicher die Auffassungen ihres Mannes in dem Konflikt mit Stein, der sich gegen den würdelosen Versuch gewehrt hatte, daß Friedrich Wilhelm, um Kant zu stimmen, ihm mit 100 000 Talern aus Mitteln der Kant „traktiert" hatte. Als Stein zornig den Dienst verließ, schrieb er an Niebuhr: „Ich verspreche mir nichts von den Inaredienzien des Hofes von Memel; es ist eine geistlose, geschmacklose Zusammensetzung, keiner als der faulenden Gärung fähig. Sollte man mich einst wieder bedürfen, so werde ich mir eine Garantie gegen unanständige Behandlungen ausbedingen." Er nahm niemanden von diesem Urteil tiefsten Ekels aus, auch nicht die herrliche Lichterscheinung Luisens! Erst als die vergötterten Russen, auf die man alle Hoffnung gesetzt hatte, die preußische Königsfamilie im Stich gelassen hatten, vor allem aber, als Napoleon selbst dem Könige — der dem Kaiser von Stein (nach einem Briefe Napoleons) eben viel „Übles" erzählt hatte — ihn als Minister empfahl, da beschwört Luise den Zögernden im Namen des Königs, des Vaterlandes, ihrer Kinder, ihrer selbst, zurückzukehren, und sie bestimmt zugleich den Gemahl, die Bedingung Steins anzunehmen: die Entlassung Beymes aus dem Kabinet. Aber wie dann Stein ernstlich daran ging, Politik um des Staates willen, und nicht für die Königsfamilie zu treiben, verletzte dies Unterfangen die innersten Gefühle der Königin, die Land und Volk doch nur als Staffage und — Geldquelle für den königlichen Glanz und die höfischen Bedürfnisse betrachtete. Luise verstand unter Finanzreformen solche, die Weiterführung des königlichen Haushalts mindestens mit dem bisherigen Aufwand ermöglichten. Stein aber wollte den Staat finanziell leistungsfähig machen. Er hatte von vornherein darauf verzichtet, in den Zeiten tiefster Not, da man die Unterstützungen für Kranke, Krüppel, Bettler strich, an den ungeheuerlich hohen Bezügen des Königspaares und ihrer Kinder Ersparungen zu versuchen. Aber für die weitere Umgegend des Hofstaats forderte er Einschränkung des Schmarotzertums. Er strich z. B. den Etat der Schwester der Königin, der aber trotzdem ihre bedeutenden Dotationen weiter gezahlt wurden und die sich entschieden weigerte, mehr als höchstens 3000 Taler jährlich von „ihren" Einnahmen zu „opfern". So hatte Luise die Mission Steins nicht aufgefaßt. In ihren Briefen klagt sie über ihr häusliches Elend: „Zu Mittag halten wir vier Gänge, zu Abend drei, das war alles." „Wir leben von der Luft."

Diese sieben Gänge an einem Tage war ihr Luft, während im Lande vielfach Hungersnot in ihrer furchtbarsten Form herrschte. Luise betrachtete es als ihr Menschenrecht, für das Elend der andern sich durch kleine Zerstreuungen aufzumuntern. So prallte sie mit Steins Idealismus zusammen, sie entfremdete sich ihm, verließ und verriet ihn, wirkte endlich in jener Verschwörung höfischer Intriganten und frondierender Junker mit, die sich durch die Reformen bedroht sahen, und half zum zweiten Sturz Steins erfolgreich mit.

Der entscheidende Anlaß für die Feindseligkeiten Luisens gegen Stein ist bekannt. Der Zar hatte im Herbst 1808 das Königspaar nach Petersburg eingeladen. Luise forderte die Reise als gerechte Entschädigung nach zweieinhalb Jahren Unglück. Stein widerstrach. Einmal wegen der Kosten; das verheerte Masuren habe es nötiger die Äußerung wurde ihm von den Zwischenträgern nachgesagt. Dann hatte er auch politische Bedenken. Luise aber wollte nicht verzichten und das führte den Bruch herbei. Sollte man nicht in der Tat diese Geschichte als Inschrift dem Heiligenbild der Märtyrerin von Memel eingraben?

In diesem Kampf um die Familieninteressen kannte die erhabene Vertreterin deutscher und fürstlicher Frauenwürde keine Skrupel; sie war zu jeder Demütigung bereit. Deshalb drängte sie sich zu jener wunderlustigen historischen Posse ihrer Begegnung mit Napoleon, die von der Legende als die letzte Leidensstation des königlichen Martyrerweges zur Rettung des Vaterlandes so oft rührend und erschütternd gezeichnet wurde. Sie ging von Napoleon in der Überzeugung, das Ungeheuer gebändigt zu haben und zugleich stark bewegt durch die männliche Macht des genialsten aller Tatmenschen, durch die vornehme Feinheit des korsischen Parvenus. Als sie sich in ihren Hoffnungen dann getäuscht sah, schimpfte sie wieder ebenso lüppisch auf den Mann wie vordem. Wie aber die Not im königlichen Haushalt gar so groß war, wollte sie durchaus noch im gleichen Jahre nach Paris fahren und Napoleons Gunst erbetteln; der Schmeichelbrief, den sie damals an Napoleon schrieb, ist unlängst veröffentlicht worden und Bailleu, der sich doch dieses sensationelle Schaustück für sein Luisenbuch nicht entgehen lassen wollte, wagt ihn nur mitzuteilen, indem er sich schaudernd bekreuzigt.

So war Luise! Die Ansprüche, die man in Preußen an eine Heilige stellt, sind wahrlich recht bescheiden. Man sollte sie endlich in gnädiger Vergessenheit ruhen lassen. Denn wenn Luise ernstlich von der Geschichte genannt sein will, so kann das Gesamturteil nur erbarmungslos vernichtend sein. Es ist ein beliebtes Antithesenspiel, die zierlich lustigen, üppigen Rokokko-Figuren der Louis-Zeit mit dem gewaltigen Bluternst und der harten Schicksalsgröße der Revolution in Gegensatz zu stellen. Aber jene Sevres-Persönchen begehrten wenigstens nicht als Heilige zu gelten, und in ihrer ausschweifenden Lebenskunst und Daseinsgier steckte immerhin eine gebildete Kultur. Viel greller scheint mir das Kontrastbild der preußischen Heiligen und des preußischen Zusammenbruchs: Auf dem Grunde einer dürftigen mecklenburgisch-märkischen Zivilisation hebt sich die Gestalt einer sentimentalisch tändelnden Frau ab, die Politik wie ein Pfänderspiel treibt, mit ahnungslosem Ungeschick wesentlich mithilft, den schimpflichsten Zusammenbruch eines Staates herbeizuführen, den die Geschichte kennt, und die inmitten dieses moralischen und materiellen Entsetzens ein paar todbetrübte Tränchen vergießt, weil ihr ein hartherziger Minister durchaus nicht die ihr doch zu ihrer Zerstreuung so dringend notwendige kleine Reise nach Petersburg gestatten will. ...

Kurt Eisner.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100716/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG